Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1918 Nr. 632 — Jahrgang 211

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk. 4,00 außer Postgeld.

Morgen-Ausgabe — **Mittwoch, 11. Dezember**

Anzeigenpreis: Einspaltige Inseraten je Zeile 25 Pfg., auswärtige je Zeile 35 Pfg. — Reklamezeile 1 Mk. Rabatt nach Tarif, jedoch nur bei verlustfreier Kasse.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf tagsüber 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Vor neuer Verschärfung der Bedingungen?

Einzug der Garde in Berlin

Berlin, 10. Dez.

Gegen Mittag begannen überall große Menschenmengen die Bürgersteige zu füllen. Die Schuljugend gesellte sich dazu, Lastautos, Heergerät und Kraftwagen aller Art, rauchende Gulaschkanonen rückten ein, mit Grün und Fähnchen herausgeputzt, auf allen neben den Soldaten Jungen und Mädels. Dazu kamen zahlreiche Truppenabteilungen, die Mannschaften in Stahlhelm oder Mütze, die Gewehrläufe mit Fähnchen und Tannenzweigen besteckt, an der Brust Blumensträuße, die Offiziere zu Pferde. Die Menge marschierte in den Gliedern mit. Hurrarufen und Tücherschwenken, von den Soldaten freudig erwidert, schwoll immer mehr an.

Die zum Einzug bestimmten Truppen waren auf dem Heidelberger Platz angetreten. Sechs Lanzenreiter eröffneten den Zug. Ein Musikkorps folgte, die alten Armeemärsche spielend. Dann kam die Garde-Kavallerie-Schützendivision, der die Standarte vorangetragen wurde. Singend folgten die Mannschaften. Im Zuge wurden von den Truppen zahlreiche bekränzte schwarz-weiß-rote Fahnen getragen. Dazwischen fuhren die Maschinenewehre, laubumwunden, von Knaben dicht besetzt, die sich die Stahlhelme der Mannschaften aufgestülpt hatten. Das aus verschiedenen Bundesstaaten zusammengestellte Bataillon führte vor seinen Kompagnien eine sächsische, eine bayerische, eine württembergische und eine preußische Fahne. Die Mannschaften trugen entsprechend an den Gewehrläufen weiß-grüne, blau-weiße, schwarz-rote und schwarz-weiße Fähnchen. Füsiliere, Dragoner, Husaren, Jäger, Artillerie folgten. Es mögen etwa 7000 Mann gewesen sein.

Unter den Linden war der Andrang der Groß-Berliner Bevölkerung besonders stark. Alles bewahrte aber die größte Ruhe und Ordnung. Unter das Publikum hatten sich auch kriegsgefangene gemischt. Um etwa 2¼ Uhr traf die Spitze des Zuges am Denkmal Friedrichs des Großen ein. Gegenüber der Universität wurde ein Vorbeimarsch abgenommen, der anderthalb Stunden dauerte. Den Regimentern schritten die Musikkorps voran, dasjenige eines Artillerie-Regiments war zu Pferde. Die alten Standarten ragten heraus aus einem Wald von zahllosen schwarz-zweiß-roten Fahnen. Dazwischen ritten Trupps der Garde-Kavallerie-Division. Geschütze und Maschinengewehre verschwanden fast unter dem grünen Tannenreis.

Um 1 Uhr mittags passierte die Spitze der heimkehrenden Gardetruppen das im reichen Flaggenschmuck prangende Brandenburger Tor. Wo einst Könige und Fürsten mit prunkender Pracht und höfischem Zeremoniell empfangen wurden, begrüßte heute die junge deutsche Republik ihre Heldensöhne, die unbesiegt und in schimmernden Waffen zurückkehren. Auf einer kleinen Tribüne an der Südseite des Pariser Platzes fanden sich nach und nach unter anderen der Volksbeauftragte Ebert, Truppenführer Molkenbuhr, Oberbürgermeister Wermuth, Kriegsminister Scheüch, Adolf Hoffmann, Scheidemann, Bürgermeister Dr. Reicke und der Kommandant von Berlin Wels ein. Als die Truppen mit Generalleutnant von Hofmann an der Spitze unter den begeisterten Hoch- und Hurrarufen und dem Tücherschwenken einer vieltausendköpfigen Menge sich der Tribüne näherten, nahm als erster Ebert das Wort. In seine Hochrufe stimmte die Menge brausend ein. Hierauf spielte die Musik „Stimmt an mit hellem, hohem Klang". Dann hielt Oberbürgermeister Wermuth eine zündende Ansprache, die ebenfalls begeisterte Aufnahme fand. Zum Schluß sprach der Vorsitzende des Bundes aktiver Unteroffiziere, Vizefeldwebel Suppe.

Volksbeauftragter Ebert richtete am Brandenburger Tor an die einziehenden Gardetruppen folgende Ansprache:

„Kameraden! Willkommen in der deutschen Republik! Herzlich willkommen in der Heimat, die sich lange nach Euch gesehnt hat, deren bange Sorge Euch ständig umschwebte. In diesem Augenblick, da wir Euch am heimatlichen Herde begrüßen, gilt unser erster Gedanke den treuen Toten, Ihnen allen, die sich für den Schutz der Heimat aufgeopfert haben, unsern unauslöschlichen Dank, innigen Dank. Was wir ihnen an Taten der Dankbarkeit darbringen können, das wollen wir ihnen in Treue leisten. Der Verbesserung des Loses der Kriegs-Hinterbliebenen und Kriegsinvaliden galt des neuen deutschen Volksstaates erste Verfügung. Eure Opfer und Taten sind ohne Beispiel. Kein Feind hat Euch überwunden. Erst als die Uebermacht der Gegner an Menschen und Material immer drückender wurde, haben wir den Kampf aufgegeben, und gerade Eurem Heldenmut gegenüber war es Pflicht, nicht noch zwecklos Opfer von Euch zu fordern. Unendliche Leiden habt Ihr erduldet, unvergängliche, fast übermenschliche Taten vollbracht, unvergleichliche Proben Eures unerschütterlichen Mutes Jahr um Jahr abgelegt. Ihr habt die Heimat vor feindlichen Einfällen beschützt, Deutschlands Fluren und Werkstätten vor Verwüstung und Zerstörung bewahrt. Dafür dankt Euch die Heimat in überströmendem Gefühl. Erhobenen Hauptes dürft Ihr zurückkehren. Nie haben Menschen Größeres geleistet und gelitten, als Ihr. Ihr findet unser Land nicht so vor, wie Ihr es verlassen habt. Neues ist geworden. Die deutsche Freiheit ist erstanden. Die alte Herrschaft, die wie ein Fluch auf Euren Taten lag, hat das deutsche Volk abgeschüttelt. Auf Euch vor allem ruht die Hoffnung der deutschen Freiheit. An Euch haben wir gedacht, als wir mit einem verhängnisvollen System aufräumten. Für Euch haben wir die Freiheit erkämpft, für Euch der Arbeit ihr Recht errungen. Nicht mit reichen Gaben können wir Euch empfangen. Unser glückliches Land ist arm geworden. Schwer lastet auf uns der Druck harter Gebote der Sieger. Aber aus dem Zusammenbruch wollen wir uns ein neues Deutschland zimmern. Schulter an Schulter habt Ihr gemeinsam gerungen, geopfert, geblutet, Not und Tod ins Auge geschaut. Nun liegt Deutschlands Einheit in Eurer Hand. Sorgt Ihr dafür, daß Deutschland beieinander bleibt, daß nicht das alte Kleinstaatenelend uns wieder übermannt, daß nicht die alte Zerrissenheit unsere Niederlage vervollständigt. Und dann geht mit uns an den Wiederaufbau des Zerstörten. Die sozialistische Republik, die Euch durch mich begrüßt, wird ein Gemeinwesen der Arbeit sein. Arbeit ist die Religion des Sozialismus. Arbeiten müssen wir mit aller Kraft, mit ganzer Hingabe, sollen wir nicht zugrundegehen und verkommen, sollen wir nicht zum Bettelvolk herabsinken. Bald schlägt die ersehnte Stunde des Friedens. Bald wird die konstituierende Nationalversammlung die Freiheit und die Republik fest verankern durch den unantastbaren Willen des ganzen deutschen Volkes. Ihr sollt mitschaffen an dem großen Werk einer neuen deutschen Zukunft, der Zukunft unseres Volkes, dessen Glück Eure fleischigen Hände erbauen müssen von Grund auf. Und so laßt mich Eure Treue zur Arbeit, die uns allen gemeinsame Liebe zur Einheit Deutschlands, unsern Stolz auf die Freiheit und die große unteilbare deutsche Republik zusammenschließen in den Ruf: Unser deutsches Volk, die deutsche Freiheit, der freie Volksstaat Deutschland, sie leben hoch!"

Der heutige Einzug von Frontiruppen, der vom Grunewald her über Schmargendorfer und Wilmersdorfer Gebiet Teile der Garde und Abordnungen aller Reichskontingente nach Berlin führte, erfolgte bei feuchtem, nebligem Wetter. Die Häuser der Einzugsstraßen, Mecklenburger Straße, Berliner Straße, Kaiserallee, Kurfürstendamm, Unter den Linden, waren mit Fahnen, besonders schwarz-weiß-rot und schwarz-rot-gold, mit Teppichen und Tannengrün reich geschmückt. Die Säulen des Brandenburger Tores waren von Girlanden und Kränzen umwunden. Zwei Banner über der Mitteldurchfahrt zeigten die Inschriften „Willkommen in der Heimat!" und „Friede und Freiheit!" Den Pariser Platz umsäumten Flaggenmasten, auf deren Schildern der Berliner Bär sich zeigte. Den Eingang der Straße Unter den Linden faßten zwei Obelisken ein. An der Ecke der Friedrichstraße erhob sich eine Ehrenpforte.

Die Garde gegen Spartakus

Berlin, 10. Dezember.

Beim Empfange der Garde richtete nach den Regierungsvertretern der Führer der republikanischen Soldatenwehr, Feldwebel Suppe, eine Ansprache an die Truppen, in der er sagte: „Wir Unteroffiziere haben uns zusammengeschlossen, um der Regierung Ebert-Haase den Rücken zu stärken gegen das terroristische Gebahren Liebknechts, der Sartakusse, der Deserteure und ihrer Mitläufer. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung, die dem deutschen Volke allein die politischen Rechte, Ordnung nach innen und Sicherheit nach außen geben kann, betrachten wir die Regierung Ebert-Haase als einzig rechtmäßige und lehnen alle Arten von Nebenregierungen mit Entschiedenheit ab. Wir wollen einen endgültigen Frieden, den unsere Feinde nur mit einer Vertretung des gesamten deutschen Volkes schließen werden. Darum, schnelle Einberufung der Nationalversammlung, in der auch die Feldtruppen selbstverständlich eine geordnete Vertretung haben müssen. Nur so werden wir vor dem Einmarsche der Entente bewahrt. Ruhe, Ordnung und Sicherheit, dann kommt Arbeit und Brot Euch von selbst. Es gilt, mit der Regierung Ebert-Haase aufzubauen und nicht weiter zu zerstören."

*

Ententepolizei für Berlin

Genf, 10. Dez.

Unmittelbar nach Wilsons Ankunft in Paris soll die Frage der Errichtung einer aus Ententetruppen bestehenden Militärpolizei in Berlin und Umgebung zur Lösung gelangen. Der „Newyork Herald" hält diese Entsendung für sicher und glaubt, daß die Besetzung bis zur Unterzeichnung des Weltfriedens dauern wird. Wilson äußerte während der Ueberfahrt gegenüber dem französischen Botschafter in Washington: „Ich werde in Paris bemüht sein, meine Haltung mit den vierzehn Punkten in Einklang zu bringen." Eine Aeußerung, die in Paris die Meinung bekräftigt, daß wesentliche Veränderungen der Londoner Abmachungen Clemenceaus und Lloyd Georges von Wilson kaum zu erwarten seien. Wegen der sehr stürmischen Fahrt können der „George Washington" und seine Begleitschiffe erst übermorgen die Azoren passieren. Am 15. Januar beginnen die Konferenzen über den Präliminarfrieden mit Zulassung deutscher Unterhändler.

Amsterdam, 10. Dezember.

Aus London wird gemeldet, daß Marschall Foch mit neuen Vollmachten ausgestattet worden ist, die ihn berechtigen, mit allem Nachdruck die Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen durchzusetzen. Den Anlaß zu den neuen Vollmachten gab ein Bericht Fochs, daß die Bedingungen bisher nicht von Deutschland eingehalten worden seien, da namentlich in der Ablieferung des rollenden Materials eine Verzögerung eingetreten sei.

*

Keine leichten Bedingungen

London, 10. Dez.

Reuter. In einer Frauen-Versammlung in London sagte Lloyd George zur Frage der Friedensbedingungen: Es muß einen Frieden geben, der zukünftige Kriege unmöglich macht oder doch wenigstens erschwerte. Es muß ein gerechter Friede sein. Die Bedingungen werden keine leichten sein, sonst wären sie nicht gerecht, denn leichte Bedingungen würden zu einem neuen Kriege anreizen. Nicht um Rache, sondern um Gerechtigkeit handelt es sich. Ein Friede der Rache würde nicht Gerechtigkeit sein. Wir dürfen keine neue elsaß-lothringische Frage haben aus dem einfachen Grunde, weil wir nur den Fehler Deutschlands wiederholen und in 50 Jahren das Schicksal Deutschlands finden würden.

Der Friede muß streng, gerecht und billig sein. Die für die Schrecken des Krieges Verantwortlichen müssen zur Verantwortung gezogen werden. Dies ist um so notwendiger, je höher sie stehen. Ohne sie wäre es nicht zum Kriege gekommen. Unser Urteil muß derart ausfallen, daß Könige, Kaiser und Kronprinzen für alle Ewigkeit wissen, daß, wenn sie Verruchtheiten dieser Art über die Erde bringen, die Strafe unausbleiblich auf ihr Haupt fallen wird. Lloyd George fuhr fort: Aber das deutsche Volk, das im Kriege sich gut gehalten hat, das mit voller Begeisterung in den Kampf zog, das jetzt über den Sieg jubeln würde, wenn er ihm zuteil geworden wäre, muß auch zur Verantwortung gezogen werden. Die Völker müssen wissen, daß sie nicht ungestraft Krieg anfangen dürfen. Ferner müssen wir bei Festsetzung der Friedensbedingungen darauf sehen, daß ein Bestand von Riesenheeren, die zum Kriege verleiten und die Herrscher in Versuchung bringen können, hinfort nicht mehr gestattet sein darf. Wenn Friede auf Erden herrschen soll, darf es in Europa keine großen Heere geben. Ich bin ein Anhänger des Völkerbundes, weil er ein Mittel darstellt, die Kriegserklärung zu erschweren. Auf die Anfrage, ob die Deutschen aus England ausgestoßen werden sollten, sagte Lloyd George: Ich kann der Fragestellerin versichern, daß nach meiner Ansicht diese Leute die Gastfreundschaft mißbraucht haben, und daß man ihnen nicht eine zweite Gelegenheit geben darf, dies zu tun. — Und die großen Flotten .....?

Paris verlangt 2 Milliarden

Aus Paris wird gemeldet, daß die französische Regierung von der Pariser Stadtverwaltung ersucht worden sei, für die aus Zeppelin- und Flugzeugangriffen entstandenen Schäden in der französischen Hauptstadt einen finanziellen Ersatz von 2 Milliarden Franken von Deutschland zu verlangen.

Keine Verschärfung?

Amsterdam, 10. Dezember.

Reuter verbreitet eine halbamtliche Auslassung, aus der hervorgeht, daß bei den in Trier stattfindenden Verhandlungen über die Verlängerung des am 17. Dezember ablaufenden Waffenstillstands-Vertrages eine Verschärfung der Bedingungen nicht in Aussicht genommen sei. In dem Bericht wird nämlich erklärt, daß im Auswärtigen Amt nichts von neuen Bedingungen für Deutschland bekannt sei, und daß auch die englische Admiralität keine neuen Forderungen aufgestellt habe, die als Verschärfung gelten könnten. Weiter wird gesagt, daß die bei den Verhandlungen in Spaa ausgearbeiteten Einzelheiten von der deutschen Truppe angenommen worden seien und daß der englische Bevollmächtigte die Waffenstillstandsbedingungen zur See lediglich nach den Instruktionen ausführe, die auf den Vereinbarungen des Waffenstillstandsvertrages beruhen. Amtliche deutsche Kreise hätten sich zu den Verhandlungen der Alliierten-Kommission dahin geäußert, daß diese auf eine Verschärfung der ursprünglichen Bedingungen schließen ließen. Reuter sagt, diese irrige Auffassung sei darauf zurückzuführen, daß einzelne deutsche Stellen nicht über den vollen Inhalt der Vereinbarungen unterrichtet seien.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191812111-18/fragment/page=0001

Reichstagstagung in Coblenz?

Oberbürgermeister Adenauer richtete, wie die „Köln. Volks-Ztg." meldet, heute folgendes Telegramm an den Reichstagspräsidenten Fehrenbach: „Namens der „Metropole" der nach untrüglichen Mitteilungen aufs äußerste gefährdeten Rheinlande bitte ich aufs dringendste, den Reichstag zur Bestätigung der Regierung Ebert—Haase nach Limburg an der Lahn oder Coblenz sofort einzuberufen. Eine zu Friedensverhandlungen fähige Regierung sofort herzustellen, ist dringendste nationale Notwendigkeit. Nur auf diesem Wege ist ihre sofortige Schaffung möglich."

Nach der „Köln. Ztg." sagte Oberbürgermeister Clostermann in Coblenz in einer Sitzung des Arbeiterrates: Frankreichs Absichten zielten auf eine Einverleibung des ganzen Rheinlandes ab. Die Belgier und Italiener unterstützen dies, England werde keine Schwierigkeiten machen, nur Amerika sei dagegen. Deshalb müsse schleunigst der Reichstag einberufen werden zur Anerkennung der Reichsregierung. Er habe telegraphisch der Reichsregierung die Einberufung des Reichstages nach Kassel oder Koblenz vorgeschlagen.

Arbeitsplan der Sozialisierungskommission

Berlin, 10. Dezember.

Die Kommission für Sozialisierung betrachtet es als ihre Aufgabe, jene Maßnahmen vorzubereiten, die geeignet sind, die Ueberführung von Produktionsmitteln in die Verfügungsgemalt der Gemeinschaft zu bewirken. Erste Voraussetzung aller wirtschaftlichen Reorganisationen bildet die Wiederbelebung der Produktion. Vor allem fordert die wirtschaftliche Lage Deutschlands gebieterisch die Wiederaufnahme der Exportindustrie und des auswärtigen Handels. Die Kommission ist der Ansicht, daß für diese Wirtschaftszweige die bisherige Organisation gegenwärtig noch beibehalten werden muß. Im Interesse unserer Lebensmittelversorgung wird auch nicht vorgeschlagen werden, in die Besitz- und Betriebsverhältnisse der bäuerlichen Bevölkerung einzugreifen. Dagegen ist die Kommission der Ansicht, daß jene Gebiete der Volkswirtschaft, in denen sich kapitalistische, monopolistische Herrschaftsverhältnisse herausgebildet haben, für die Sozialisierung in erster Linie in Betracht kommen. Insbesondere muß der Gesamtheit die Verfügung über die wichtigsten Rohstoffe, wie Kohle und Eisen, zustehen. Die Kommission ist sich bewußt, daß der Erfolg der Sozialisierung abhängt von der Erhöhung der Produktivität, die durch die beste Organisation der Betriebe und Ersparung aller unnützen Zirkulationskosten unter Leitung bewährter Techniker und Kaufleute erzielt werden muß. Die Kommission ist der Ansicht, daß es von der Natur der Wirtschaftszweige abhängt, welche Maßnahmen für die Sozialisierung am geeignetsten erscheinen, ob die Verfügung dem Reiche, den Kommunen oder andenen Selbstverwaltungskörpern zustehen soll. In gleicher Weise werden auch die Mittel der Sozialisierung je nach der Natur der Wirtschaftsweise sich verschieden gestalten müssen. Die Kommission ist gewillt, von dieser allgemeinen Grundlage aus ihre Arbeit zu unternehmen und mit aller Beschleunigung ihre Vorschläge für die einzelnen Zweige der Wirtschaft zu erstatten.

Die Zukunft Preußens

Berlin, 10. Dez.

Die preußische Regierung erläßt unter dem heutigen Tage eine Bekanntmachung, derzufolge in verschiedenen Gegenden Preußens gemachten Versuche, Teile von Preußen loszutrennen oder eigenmächtig abtrennliche Bezirksteile auszuüben, zurückgewiesen werden. Ueber die künftige staatsrechtliche Gestaltung Preußens werde durch die Nationalversammlung entschieden, während über die Zusammengehörigkeit der gemischtsprachlichen preußischen Landesteile erst durch den Friedensvertrag Bestimmung getroffen werden wird.

Die Großindustrie und Sonderbestrebungen

Düsseldorf, 10. Dez.

Die gestern abend versammelten Vertreter der Düsseldorfer Großindustrie erklärten einmütig, daß sie niemals den Gedanken erwogen hätten noch erwägen würden, die Schaffung einer selbständigen rheinisch-westfälischen Republik zu befürworten. Sie hielten fest am Deutschen Reiche und mißbilligten alle auf Teilung Deutschlands in einzelne Republiken hinzielende Bestrebungen. Die Großindustrie Rheinlands und Westfalens nehme denselben Standpunkt ein. Ebenso unbeeindruckt und firmlos sei das Gerücht, daß die Großindustrie des Westens die Besetzung ihres Gebietes durch feindliche Truppen betreibe. Die Versuche zur Zerstückelung Deutschlands zeigten, wie dringend notwendig die Einberufung der Nationalversammlung in allernächster Zeit sei.

Amerikaner und A.- und S.-Räte

Keine Verhaftung der A.- und S.-Räte in Trier?

Berlin, 10. Dezember.

Die Nachricht einiger Blätter, daß der Arbeiterrat in Trier von den Amerikanern verhaftet worden sei, wird von den hier weilenden Delegierten des Arbeiter-Rates in Trier als falsch erklärt. Der Kommandant Hunt erklärte vielmehr, daß er sich nicht in die innere Politik mischen würde. Das Einvernehmen zwischen Bevölkerung und Besetzung läßt nichts zu wünschen übrig. Alle anderen Meldungen sind glatt erfunden.

Bruch mit Spanien?

Haag, 10. Dezember.

Halbamtlich wird aus Madrid gemeldet, daß der neue Premierminister Romanones den deutschen Gesandten Grafen Rativor auf Grund von Spionage-Propaganda ausweisen wird.

England mobilisierte bereits Ende Juli 1914

Basel, 10. Dez.

Der hier weilende Londoner Vertreter der „Kontinental-Times" äußert sich jetzt zu der Erklärung Lord Haldanes, daß England am 3. August 1914 mit der Mobilmachung begonnen habe. Der Vertreter der „Kontinental-Times" stellte dieser Behauptung gegenüber fest, daß England tatsächlich bereits am Donnerstag, den 30. Juli 1914 mobilisierte und kann hierfür sich auf das Zeugnis von Augenzeugen berufen.

Neuer Wohnort des Kaisers

Rotterdam, 10. Dez.

Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" erfährt, daß der Landsitz Belmonte bei Wageningen, der einer Gräfin Bücker gehört, als zukünftigen Wohnsitz für den früheren deutschen Kaiser und seine Familie hergerichtet wird.

Nach Moskau abgewinkt

Berlin, 10. Dezember.

Wie der „Vorw." vernimmt, hat die Regierung über die vom Vollzugsrat an die russischen Arbeiter und Soldaten gerichtete Einladung für die Entsendung einer Abordnung zum Rentrat der deutschen A.- und S.-Räte beraten und beschlossen, die Russen zu bitten, mit Rücksicht auf die außenpolitische Lage Deutschlands vom Besuche abzusehen.

Englische Kriegsschiffe nach der Ostsee

Amsterdam, 10. Dezember.

Reuter meldet aus London, daß am 8. Dezember fünf englische Kriegsschiffe und neun Torpedoboote ihren Hafen verlassen haben und nach der Ostsee ausgelaufen sind.

Wilsons Romreise

Zürich, 10. Dez.

Hier eingetroffene Meldungen besagen, daß Wilson im Anschluß an die in Aussicht genommene Reise nach Rom auch dem Papst einen Besuch abstatten wird. Nach dem vor der Abreise des Präsidenten Wilson ausgearbeiteten Programm ist der Besuch Wilsons auf den 28. bis 26. Dezember vorgesehen. „Stefani" meldet aus Rom, daß Venizelos dort eingetroffen ist. Der „Tribuna" zufolge wird Präsident Wilson am 31. Dezember zu dreitägigem Aufenthalt in Rom eintreffen.

Krieg zwischen Chile und Peru?

Rotterdam, 10. Dez.

„Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus Newyork: Da die Möglichkeit eines Krieges zwischen Chile und Peru immer drohender wird, haben die Vereinigten Staaten auf diplomatischem Wege einen dringenden Appell an die Regierungen dieser beiden Länder gerichtet. Wenn möglich, werden die Vereinigten Staaten ihre guten Dienste anbieten.

Christenverfolgungen in Kleinasien

Amsterdam, 10. Dezember.

Reuter verbreitet eine Meldung, derzufolge russische Truppen in Kleinasien gegen die Christen vorgegangen seien. In mehreren Städten Kleinasiens haben Christenpogrome Rettgefunden, wonach mehrere Personen der griechischen Bevölkerung getötet wurden.

Ein Größer-Belgien?

London, 10. Dezember. (Reuter.)

Das belgische Blatt „La Metropole" teilt mit, daß der belgische Minister des Innern Huysmans am 2. Dezember in Beantwortung einer Anfrage erklärte, von Deutschland werde in erster Linie die Rückerstattung des Milliarden-Schadens verlangt werden. Bezüglich der Territorial-Veränderung könne er keine Erklärungen abgeben, wenn man aber zwischen den Zeilen der Tronrede lesen wolle, in der auf die alten Verträge Bezug genommen werde, so kann man daraus ebensoviel entnehmen, wie er in der Lage sein würde mitzuteilen. Die fraglichen Stellen beziehen sich besonders auf den internationalen Vertrag von 1839, in dem Belgien das hauptsächlichsten Provinzen Limburg und Luxemburg beraubt und der deutsche Bund mit den belgischen Städten der Provinz Limburg bereichert worden sei. Dieser Vertrag habe ferner die Niederlande zu Herren an der unteren Schelde gemacht. Antwerpen sei infolgedessen seit Beginn des Krieges eingeschlossen und von jeder Hilfeleistung von See aus abgeschlossen gewesen. Mit der Erklärung, daß der Vertrag, der Belgien solches Unrecht zugefügt habe, Unrecht sei, habe der König gezeigt, in welcher Richtung sich die Forderungen Belgiens bewegen würden und daß z. B. die Niederlande ihre Monopolstellung auf dem internationalen Fluß Schelde würden aufgeben müssen.

Griechischer Soldatenrat in Görlitz

Der A.- und S.-Rat teilt mit: Bei Ausbruch der deutschen Revolution bildete sich auch im Görlitzer Griechenlager ein griechischer Soldatenrat, der die Unterstützung des deutschen A.- und S.-Rates Görlitz nachsuchte, die auch gutwillig gewährt wurde. Sehr bald aber stellte sich heraus, daß der griechische Soldatenrat überaus geschickt die deutsche Revolution nur mißbraucht hatte, um einen Putsch zu inszenieren, der mit den Ideen der deutschen Revolution nicht das Mindeste zu tun hatte.

Aus dieser Meldung geht die von sozialdemokratischer Seite ausgeübte Beeinflussung des W. T. B. und damit der gesamten Presse wieder einmal deutlich hervor. Der Leser soll den Eindruck erhalten, daß die Ideen der Revolution einen Segen für das deutsche Volk bedeuteten. . . .

Der W. T. B.-Bericht fand dann weiter: Es rissen unordnungsische Zustände im Griechenlager ein, die die deutschen Interessen in Mitleidenschaft zogen und die Entrüstung der Görlitzer Bevölkerung erregten. Nachdem alle Versuche, auf gütlichem Wege eine Besserung zu schaffen, erfolglos gestiegen waren, hat man sich heute zur Festnahme des griechischen Soldatenrates und einiger anderer Führer der Bewegung entschlossen. Gleichzeitig nehmen die Bemühungen ihren Fortgang, die Entente zur schnellsten Rückbeförderung der Griechen in die Heimat zu veranlassen.

Hessischer Volksrat

Auflösung der A.- und S.-Räte.

Darmstadt, 10. Dezember.

Der hiesige A.-, B.- und S.-Rat löst sich auf, und an seiner Stelle wird ein Volksrat für die Republik Hessen gebildet. Dieser Volksrat stützt sich auf alle Bevölkerungsschichten der Republik Hessen, die auf dem Boden der Republik und der Demokratie stehen. Die örtlichen A.- und S.-Räte werden aufgefordert, sich auszulösen und ihre Aufgaben dem neu zu bildenden Volksrat zu übertragen. Der hiesige A.-, B.- und S.-Rat hat sich sofort neu als Volksrat konstituiert.

Vollzugsrat und Nationalversammlung

Die „Deutsche Allgem. Ztg." schreibt: In der heute morgen veröffentlichten Erklärung der Regierung und des Vollzugsrates heißt es, der Rat der Volksbeauftragten halte unbedingt daran fest, daß die durch die Revolution gegebene Verfassung ohne Zustimmung des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte nicht abgeändert werden kann. Wenn daraus in einigen Zeitungen gefolgert worden ist, daß die Einberufung der Nationalversammlung von der Zustimmung des Vollzugsrates abhänge, so ist das nicht richtig. Die Nationalversammlung ist schon von der Revolutions-Verfassung selbst vorgesehen und ihre Einberufung erfolgt auf Grund der der Regierung übertragenen Befehlsgewalt. Der Zeitpunkt der Wahlen bedarf lediglich der Zustimmung der Reichskonferenz der A.- und S.-Räte, der Vollzugsrat hat nichts damit zu tun.

Copyright 1918 by Philipp Reclam jun., Leipzig. Nachdruck verboten

Das Licht im Sumpf

8] Roman von Luise Westkirch

Da klang durch die Dämmerung eine scharfe Grillenstimme zu ihm herüber: „Der Hof is recht, Korl Gosewisch. Is er das nicht?"

Auf dem Brückengeländer hockte Malle Hendersen und schaute ihn mit ihren furchtlosen Augen spöttisch an.

Gosewisch wurde rot vor Verlegenheit, als er seine heimlichsten Gedanken laut aussprechen hörte. Zugleich ärgerte er sich.

„Ich — ich komm' Eva Jansen besuchen", sagte er kurz.

Malle nickte. „Verleden Jahr war das Hinnerk Puvogel aus Levecke, der Eva Jansen besuchen kam."

„Hinnerk Puvogel?"

„Er hat ihr aber nich gefreit. Er hat Tina Seutemilk aus Seebergen gefreit. Un die hatte kein Hof."

„Was soll das heißen?" fragte Gosewisch gereizt. „Was willst damit sagen?"

Malle zuckte die Achseln. „Kann sein, Hinnerk Puvogel dacht', daß sein Leben ihn lieber wär' als der feinste Hof."

Gosewisch lachte gezwungen. „Das is neu, daß es ein Bursichen das Leben kostet, wenn er um ein smukke Dirne freit."

„Ich weiß nich", antwortete Malle ernsthaft. „Wenn du ein paar Schritte näher herantrittst, an mein linke Seite, denn so kannst den Birkenbaum sehen hinter Gesche Wittkopp ihr Haus. Gans einsam steht er un der Sumpf fängt dr an, wo klein gehen kann. An den Fleck hat Hemmo Clüver vor fünf Jahren zum letztenmal gestanden. Den hat's das Leben gekostet. Un bandage is Gerd Clüver aus'n Zuchthaus zurückgekommen."

Eine dumpfe Wut packte Gosewisch. Er war entschlossen gewesen. Nun zerrten der einsame Ort, die Welt in Tau und Abenddämmer und die spukhafte Dirne, die wie eine Unglücksünderin aus einer anderen Welt auf der Schwelle des Hofes hockte, an seinem Entschluß und zerbrachen seinen Mut.

Mit erhobener Faust schoß er auf Malle zu. „Du nirnutzige, verleumderische Kreatur! An die Kette sollt' Nedderbrink dich legen, du Lügenbüdel!"

Malle war durch die Stäbe des Geländers dem Zornigen entschlüpft und hatte sich gewandt auf die Kanalböschung geschwungen.

„Warum hörst auf mich, neunmal gescheiter Korl Gosewisch!" rief sie lachend. „Ich bin ja man die unklüge Malle Hendersen. Wie Geschmargaret Wollmer das Fieber hat, so is es mein Krankheit, daß ich den Leuten sagen muß, was sie nicht hören mögen. Heißt kein dich Achtung geben auf mein Wortens."

Sie sprang seitab, den Wiesenpfad entlang. Gosewisch setzte seinen Weg über die Kanalbrücke fort. Als er um die Hausecke bog, erblickte er Eva Jansen auf der Bank neben der Flettür. Und wieder überraschte ihn ihre Stattlichkeit. Die Dirne war recht, wie der Hof. Wenn ihm bloß nicht die hohe Stimme im Ohr geklungen hätte: „Kann sein, Hinnerk Puvogel dacht', daß ihn sein Leben lieber wär' als der feinste Hof."

Als Eva Korl Gosewisch daherkommen sah, stand sie auf. Ein sanftes Rot war in ihre Wangen gestiegen, und ihre Augen leuchteten.

„'n Abend, Korl Gosewisch. Das is fein, daß du mal wieder in Fünfhausen einkehrst."

„Ja," sagte Gosewisch, „ich wollt' nach Seebergen Sweine kaufen. Da — da dacht' ich — ich könnt' auf'n Wege mal zum Jansenhof reinkucken."

„Das hast recht gemacht", lobte sie freundlich. „Es is all ein langen Zeit, daß du dich bei uns nich hast sehen lassen."

„Wir haben Hafer gesät", entschuldigte sich Korl Gosewisch.

Er setzte sich auf ihre Einladung neben sie auf die Bank und saß dort, den Hut auf den Knien, steif und ungeschickt. Er fühlte, er würde heute mit seiner Werbung nicht vom Fleck kommen. Das machte, es war ihm ein Hase über den Weg gelaufen, eine boshafte Junghäsin mit einer Grillenstimme.

Als das Schweigen drückend wurde, sagte Eva: „Ein paar neue Werde hat Vadder gekauft. Willst'n sehen?"

Gosewisch kam mit und der Atem steckte ihm vor Bewunderung. „Dunderkiel! Die haben ein Haufen Geld gekostet!"

„Tausend Mark jederein," bestätigte Eva. „Slechtes Vieh stellt Vadder nich ein."

Des Bursichen Blick fiel auf die Kuhstände. „Ein neue Kuh habt ihr auch?"

„Zwei," verbesserte Eva. Sie richtete ihre Blumenaugen fest auf Gosewisch. Sie wußte, wie gierig das Herz des Moorbauern an Land und Vieh hängt, und sie wartete einen Ausbruch von Bewunderung, die auf sie zurückstrahlen mußte, die Besitzerin all dieser Werte.

Aber in des Mannes Ohr klang noch immer die Meldung nach: „Gerd Clüver is vandage aus'n Zuchthaus zurückgekommen", und er brachte kein Wort hervor. —

Auf dem Flet deckte Gretschen mit großem Lärm den Tisch zum Nachtmahl.

„Bleibst vanabend zum Essen, Korl?" fragte Eva.

Er wehrte erschrocken. „Nee, nee! Mein Kusseng in Seebergen, weist, der lauert all auf mich. Gans klink muß ich mich auf'n Weg machen."

Tränen stiegen ihr in die Augen. Sie tat ihm leid. Aus der Dämmerung des Flets meinte er die böse Grillenstimme zu hören, deren Zirpen ihm und ihr den Tag verdorben hatte. Er blieb stehen.

„Was ich dich noch sagen muß, Eva, ihr habt dr ein Dern auf'n Hof — es wär' woll gut, wenn ihr der ein Maulkorb vor ihr leges Maul hängen möchtet — gut für dich — un für andere auch."

Evas Augen schillerten grün vor Zorn. „Hat Malle Hendersen dich was zuleid getan?"

„Das nich. Man bloß — sie snackt zu viel. 'n Abend."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191812111-18/fragment/page=0002

Schlesische Absonderungsbestrebungen

Der Volksrat zu Breslau, Zentrale für die Provinz Schlesien, gibt bekannt:

In Oberschlesien wird von nationalpolnischer Seite ein Flugblatt in polnischer und deutscher Sprache verbreitet, das zur Konstituierung einer deutsch-polnischen Republik Schlesien auffordert. Schlesien soll als selbständiger Bundesstaat dem Deutschen Reiche angegliedert werden. Als Amtssprache soll die deutsche und polnische Sprache gelten. Die Losreißung von Berlin soll angeblich unmittelbar bevorstehen.

Der Volksrat zu Breslau, Zentrale für die Provinz Schlesien, erklärt hiermit, daß er diesem Flugblatt fernsteht. Das Recht über das fernere Schicksal Schlesiens zu bestimmen, würde gegebenenfalls nur der Volksrat, Zentrale für die Provinz Schlesien, haben. Keine andere Stelle, vor allem auch kein lokaler Arbeiter- und Soldatenrat, ist befugt, einen derartigen Aufruf zu erlassen. Der Volksrat zu Breslau, Zentrale für die Provinz Schlesien, steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß alles getan werden muß, um im Interesse des deutschen Volkes und insbesondere Schlesiens die Reichseinheit zu wahren. Es wird infolgedessen vor der Förderung derartiger Losreißungsbestrebungen gewarnt. Der Volksrat zu Breslau, Zentrale für die Provinz Schlesien, wird die Interessen der Provinz nachdrücklich wahren. Es ist aber unbedingt notwendig, daß diese Aufgaben nicht durch Bestrebungen unverantwortlicher Stellen durchkreuzt wird, die gerade offensichtlich auf eine Zertrümmerung der deutschen Reichseinheit hinarbeiten.

Vereidigung der Truppen auf die neue Regierung

Berlin, 10. Dez.

Im Stadtischen Rathaus hat sich gestern abend um 7 Uhr ein feierlicher Akt vollzogen. In Gegenwart der Volksbeauftragten Ebert, Haase, Scheidemann und Dittmann und des Kriegsministers haben Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der deutschen Jägerdivision und der Garde-Kavallerie-Schützendivision für sich und die von ihnen vertretenen Kameraden das feierliche Gelöbnis zur einigen deutschen Republik abgelegt. Volksbeauftragter Ebert leitete die kurze Feier mit folgenden Worten ein: Sie kehren aus dem Getümmel des Krieges zurück und sehen sich in der Heimat gewaltigen Veränderungen gegenüber. Das alte System ist gestürzt, das deutsche Volk ist gewillt, neue Verfassungsformen zu schaffen, die die schweren Wunden heilen sollen, welche unser Land in den Jahren des Völkerhasses davongetragen hat. Wir sind von unserem Volke mit der einstweiligen Führung der Regierungsgeschäfte betraut. Frieden, Freiheit und Ordnung werden die Sterne sein, denen wir folgen werden. Wir dürfen hoffen, daß Sie uns bei der Lösung unserer schweren Aufgabe unterstützen werden. Ich bitte Sie, folgendes Gelöbnis abzulegen: „Wir geloben, zugleich im Namen der von uns vertretenen Truppenteile, unsere ganze Kraft für die einige deutsche Republik und ihre provisorische Regierung, den Rat der Volksbeauftragten, einzusetzen." Darauf ergriff Generalleutnant Lequis das Wort und wiederholte die Gelöbnisformel für alle anwesenden Militärpersonen.

Gehälter für Elsaß-Lothringische Beamte

Berlin, 10. Dezember.

Der stellvertretende Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission übergab dem Vorsitzenden der interalliierten Waffenstillstandskommission die folgende Note:

„Um einen Notstand unter der Beamtenschaft und den Pensionären in Elsaß-Lothringen nicht aufkommen zu lassen, bitte ich auftragsgemäß, daß Frankreich ihnen bis zur Ratifikation des Friedensvertrages die Gehälter und Pensionen vorläufig weiterzahlt, vorbehaltlich der endgültigen Regelung durch den Friedensvertrag."

Ein neuer Protest.

Gesandter von Haniel hat an den Vorsitzenden der interalliierten Waffenstillstandskommission, General Nudant, folgende Note gerichtet:

Ueber die Ausweisung von Beamten und anderen Personen aus den besetzten Gebieten, insbesondere von Elsaß-Lothringen, habe ich Nachstehendes zu bemerken: Artikel VI des Waffenstillstandsabkommens bestimmt:

„Dans tous les territoires évacués par l'ennemi, toute évacuation des habitants sera interdite; il ne sera pas apporté aucun dommage ou préjudice à la personne ou à la propriété des habitants."

Bei den Waffenstillstandsverhandlungen im Walde von Compiègne ist die Frage des Schutzes der Einwohner der besetzten Gebiete von den deutschen Unterhändlern mündlich zur Sprache gebracht worden. Dabei sind sie von den französischen Unterhändlern ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß durch die Bestimmungen des Artikels VI Personen und Eigentum der Einwohner vor jedem Eingriff geschützt seien. Ferner hat der französische Ministerpräsident am 17. November dem Vertreter des deutschen Auswärtigen Amtes bei der Waffenstillstandskommission in Spaa auf dessen ausdrückliche Frage nach der Sicherheit der altdeutschen Beamten in Elsaß-Lothringen funkentelegraphisch geantwortet:

„Aucune déclaration denotre part n'est nécessaire, car le monde entier sait que ce ne sont pas les troupes de l'Entente qui ont commis des actes de déprédation ou exercé des violences sur les habitants des régiens occupées par elles. L'armistice contient à cet égard des positions formelles sur le respect des personnes et des propriétés. Cette clause comme toutes les autres sera ponctuellement exécutée."

Im Widerspruch mit diesen Bestimmungen und feierlichen Zusagen steht es aber, wenn wie (in meinen berichiedenen Noten) dargelegt ist, vorzugsweise Deutsche, darunter Universitätsprofessoren, Anwälte, Schulbeamte, Kaufleute, also Persönlichkeiten ohne militärischen Charakter ausgewiesen werden. Die mündlich geäußerte Ansicht des Generals Nudant, daß im Waffenstillstandsabkommen bestimmt sei, daß in Elsaß-Lothringen die deutschen Beamten durch französische ersetzt werden dürften, scheint auf einem Irrtum zu beruhen. Das Waffenstillstandsabkommen enthält keine derartige oder anderweite Einschränkung des im Artikel VI enthaltenen Verbotes. Es kommt hinzu, daß die Ausweisungen offenbar in überaus rücksichtsloser Weise ausgeführt werden, indem den Ausgewiesenen zum Verlassen ihrer Heimat nur ganz kurze Frist gewährt, auf Krankheit keine Rücksicht genommen und ihnen nur geringes Gepäck mitzunehmen gestattet wird. Die Ausweisungen verstoßen somit nicht nur gegen den ersten Satz des Artikels VI, der in klarster Form für alle besetzten Gebiete jede Ausweisung von Einwohnern verbietet, sondern in der Art ihrer Durchführung auch noch gegen die nachfolgende Bestimmung, wonach der Person und dem Eigentum der Einwohner keinerlei Schaden zugefügt werden darf.

Schließlich muß darauf hingewiesen werden, daß die offenbar systematisch betriebenen Ausweisungen anscheinend politische Ziele verfolgen. Derartige Maßnahmen würden geeignet und bestimmt sein, den Entscheidungen des Friedensschlusses vorzugreifen und somit auch in dieser Hinsicht über den Rahmen der während eines Waffenstillstandes erlaubten Maßregeln hinausgehen.

Im Auftrage der Deutschen Regierung erhebe ich daher gegen ein solches Vorgehen energisch Einspruch und ersuche um die Rückgängigmachung der betreffenden Anordnungen.

Politische Debatte im Soldatenrat Halle

Keine Rote Garde! — Spartakus-Politik. — Der S.-Rat stützt die Regierung.

Nach Erledigung von Fragen für Vertreter in den Siebeneausschuß und den Großen Soldatenrat in Magdeburg kam in der gestrigen Versammlung des S.-Rates, wie berichtet, der in der letzten Sitzung gestellte Antrag auf Bildung einer Roten Garde zur Verhandlung. Es sollte auf Antrag des Kam. Schumacher eine „rot angestrichene" Schutztruppe organisierter Arbeiter gebildet werden, die den Zweck hat, politische Bewegungen anders Gesinnter zu unterdrücken. Es wurde aus der Versammlung zunächst mehrfach darauf hingewiesen, daß die im Antrag begriffene Sicherheitskompagnie hinreichende Gewähr für den Schutz der revolutionären Errungenschaften biete. Ein Redner bekannte, daß der S.-Rat sich ausdrücklich auf den Standpunkt der gegenwärtigen Regierung gestellt hat, und daß er jedem Putsch von rechts und links mit energischen Mitteln entgegentreten wird. Wir haben in Halle über die Gefahr eines Putsches von rechts wirklich nicht zu klagen! Viel eher über ein Vorgehen radikalisischer Elemente. Die Bildung Roter Garden würde den Anfang des Bürgerkrieges bedeuten. Kam. Stutz beschuldigte, der Kamp Schumacher sei von Gen. Kilian veranlaßt. Kilian habe Schumacher in der vorigen Sitzung einen Zettel in die Hand gedrückt, und fünf Minuten später lag dessen Antrag vor. Es ist ein Hohn auf die Garnison Halle, und ist ein Hohn auf die Revolution, daß solch ein Antrag gestellt wird, der den Anstoß zum Bürgerkrieg geben muß. Blut ist genug geflossen; der S.-Rat soll vielmehr versuchen, innerhalb der linksstehenden Parteien zu schlichten. Von anderen Rednern wurde in bestimmten Worten gefordert, daß die Versammlung den Willen zum Ausdruck bringt, die Regierungspolitik zu stützen. Weiter wurde erklärt: Wir haben Beweise dafür, daß auch in Halle Gemeinde um Werke sind, die spartakistische Ideen zur Geltung bringen wollen. Aber der S.-Rat wird solche terroristischen Umtriebe zu unterdrücken wissen.

Die Aussprache begibt sich auf rein politisches Gebiet hinüber und nimmt die Gestalt einer oftmals recht scharfen Debatte zwischen Vertretern der Unabhängigen und Vertretern der regierungssozialistischen Politik an. Kam. Schwarz wünscht, daß die Angelegenheit einmal gründlich durchgesprochen wird. Der Soldatenrat bereit nun einmal Politik und muß Farbe bekennen, auf welchem Boden er steht. Redner bittet, eine Entschließung zur Abstimmung zu bringen, in der in voller Einmütigkeit sämtlicher Mitglieder des S.-Rates der Oeffentlichkeit gegenüber bekanntgegeben wird, daß der S.-Rat die jetzige Regierung stützt. Es herrscht in der Stadt vielfach Unruhe, weil die Oeffentlichkeit nicht klar steht, ob der S.-Rat zu Haase, Ebert, Scheidemann steht, ob zu den Unabhängigen, oder gar zur äußersten sozialistischen Gruppe. — Kam. Schumacher erwidert: Es ist eine Lüge, daß Kilian mir einen Zettel gegeben hat; im Gegenteil hat Kilian meinen Antrag als eine Dummheit bezeichnet. Redner bekennt sich dann in längeren Darlegungen als scharfen Gegner der Gewerkschaftspolitik, erklärt, daß er die jetzige Regierung als außerstande erachtet, die Errungenschaften der Umwälzung sicher zu stellen, daß durch die Nationalversammlung nur dem Kapitalismus der Rücken gestärkt und der Ertrag der Revolution zurückgemacht werde, und spricht der Spartakuspolitik warm das Wort. Aus der Versammlung wird ihm lebhaft wiedersprochen, wird die verspätete Prophetie der Unabhängigen gegeißelt und der Standpunkt der Regierungssozialisten während des Krieges in Schutz genommen. Es wird gesagt: Wir vergessen bei unserer Aussprache die Gefahr, die uns gemeinsam von außen droht. Wir müssen jetzt die Regierung stützen, die das Steuer in der Hand hat, sonst haben wir den Bruderkampf im Lande, und die Feinde kommen und setzen uns unbarmherzig eine Regierung an die Spitze, wie sie nur ihnen willkommen sein kann. Ein anderer Redner wünscht weiteren Ausbau der politischen Aufklärungsarbeit in den einzelnen Truppenteilen.

Kam. Rosenberg bringt folgende Angelegenheit zur Sprache. Wie ihm berichtet worden ist, sind dieser Tage Kilian und Schumacher nach Naumburg gefahren, haben dort in öffentlicher politischer Versammlung gesprochen und gegen die Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Thiele (Mag.-Soz.) scharf polemisiert, so daß Schumacher zugerufen wurde: Sie sind ja Spartakist! Die Versammlung in Naumburg mußte des Glaubens sein, daß Schumacher im Namen des Soldatenrates Halle sprach und mußte daraus ihre Rückschlüsse auf die politische Gesinnung des hiesigen Soldatenrates ziehen. Kam. Schumacher (dem aus der Versammlung mehrfach zugerufen wird: Raus!) bemerkt, er sei privatim in Naumburg gewesen und verbitte sich, daß man seine politischen Ansichten unter Kontrolle nimmt. —

Schließlich fand eine von Kam. Kreiting in Antrag gebrachte Erklärung Annahme:

„Der Soldatenrat steht unwandelbar hinter der jetzigen Regierung und wird jeden Versuch, komme er von rechts oder links, die Ruhe und Ordnung zu stören, mit den schärfsten Mitteln, wenn nötig mit Waffengewalt, unterdrücken."

Halle und Umgebung

Halle, 11 Dezember

Kreditfürsorge und Beratung

für zurückkehrende Kriegsteilnehmer des Mittelstandes.

Die schon im Jahre 1917 errichtete Kriegshilfskasse der Provinz Sachsen, deren Verwaltung für den Stadtkreis Halle der Magistrat führt, gewährt zu 4 Proz. verzinsliche und möglichst schnell zu tilgende Darlehen an Kriegsteilnehmer oder deren Angehörige (Ehefrau, Witwe, beiderseitige Verwandte in auf- und absteigender Linie) aus dem selbständigen Mittelstande zum Zwecke der Erhaltung oder Wiederherstellung ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit. Zum Mittelstand gehören Personen, welche ihren Unterhalt ausschließlich oder hauptsächlich durch den Betrieb eines Gewerbes oder eines Landwirtschaftsbetriebes oder durch Ausübung eines freien Berufes (Handmesser, Büchrevisor, Künstler usw.) erwerben, und ein Jahreseinkommen in der Regel von weniger als 4000 Mk. erzielen. Die Darlehen sollen in der Regel 2000 Mk. nicht übersteigen und ihre Rückzahlung möglichst sicher gestellt werden, gegebenenfalls auch durch Eingehung und Verpfändung einer Lebensversicherung bei der Provinzial-Lebensversicherungs-Anstalt Sachsen.

Die Kasse soll freilich erst dann eintreten, wenn alle sonst geeigneten Hilfs- und Kreditmittel, insbesondere genossenschaftlicher Kredit, erschöpft sind, oder nach Lage der einschlägigen Verhältnisse nicht in Betracht gezogen werden können. Zu diesen Kreditmitteln gehören in Halle u. a. die Hallesche Kreditbank, A.-G., Franckestraße 5, für Angehörige des Handels und der Industrie, und die Gewerbebank, Martinsberg 2, für das Kleingewerbe, ferner die Hausbesitzerbank, Barfüßerstraße 15, das Bürger-Rettungsinstitut, Schmeerstraße 1, die Assessor Karl Müllersche Stiftung, Kl. Steinstraße 8 I, usw. Während die beiden erstgenannten Banken sich auf Wechselkredit beschränken, gewährt die Kriegshilfskasse bare Darlehen auch gegen andere Sicherstellung, ausnahmsweise auch ohne besondere Sicherheit.

Die Prüfung und Entscheidung über die aus dem Stadtkreise Halle gestellten Darlehensanträge an die Kriegshilfskasse der Provinz Sachsen erfolgt durch eine städtische Deputation, welcher außer 2 Magistratsmitgliedern noch folgende Herren angehören: Stadtverordneter Karl Kühne, Gr. Märkerstraße 22, und Rentner Gustav Günter, Staudenstraße 6 II, ferner Rentner Rudolf Pfaffe, Mühlweg 37 (vorgeschlagen von der hiesigen Handelskammer, Franckestraße 5), Dekorationsmaler Robert Biesecker, Kl. Ulrichstraße 17 (vorgeschlagen von der Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Merseburg, Barfüßerstraße 6), Rentner Titus Tegetmeier, Ludwig Wuchererstraße 49 (vorgeschlagen vom Vorstand des hiesigen Bürger-Rettungs-Instituts, Schmeerstraße 1, bei Bürstenmachermeister Jacobi), Sattlermeister August Hoffschmidt, Dreiandersstr. 30 (vorgeschlagen von der Gewerbebank, Martinsberg 2), Kaufmann Friedrich Erdmann, i. Fa. W. F. Wollmer, Gr. Ulrichstraße 6—8 (vorgeschlagen vom Vorstand des Rabattsparvereins Halle, E. V.)

Die vorstehend aufgeführten 5 Berufsvertretungen und Vereine, nämlich die Handelskammer, die Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Merseburg, das Bürger-Rettungs-Institut, die Gewerbebank und der Rabattsparverein Halle, haben sich auf Wunsch des Magistrats bereit erklärt, die Aufgaben von Beratungsstellen für die aus dem Felde zurückkehrenden Kriegsteilnehmer und deren Angehörige aus dem selbständigen Mittelstande, insbesondere auch die Verhandlungen mit Gläubigern und Schuldnern, Vermittlung von Arbeit und dergl. und endlich auch die Vorbereitung und Begutachtung von Darlehnsanträgen zu übernehmen.

Anträge auf Bewilligung von Darlehen können mündlich oder schriftlich außer bei obigen Deputationsmitgliedern selbst bei den 5 Beratungsstellen und auch im Büro für Stiftungssachen, Sparkassengebäude, Kl. Steinstraße 8 I, Zimmer 22, gestellt werden. Die Einkommensteuerveranlagung für 1914 ist den Darlehnsanträgen beizufügen oder mit zur Stelle zu bringen.

Gegen Gesetzlosigkeit und Willkür

Von vielen Leuten werden jetzt die früher erlassenen Gesetze, Polizeiverordnungen usw. in der Annahme nicht mehr befolgt, daß durch die gegenwärtigen Verhältnisse diese Vorschriften außer Kraft gesetzt seien. Diese Auffassung ist irrig. Alle alten Gesetze und Verordnungen, soweit sie nicht ausdrücklich von zuständiger Stelle aufgehoben sind, bestehen noch. Es muß gerade in der jetzigen Zeit im Interesse der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit mit allem Nachdruck darauf gehalten werden, daß die Gesetze usw. beachtet werden und nicht Gesetzlosigkeit und Willkür einreißen. Die polizeilichen Sicherheitsorgane sind daher angewiesen worden, gegen alle Personen, die sich gegen bestehende Vorschriften und Gesetze vergehen, einzuschreiten und sie zur Anzeige zu bringen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat. Für den Vollzugsausschuß: Kilian. Gruner. Reiwald. Beilicke.

— Sämtliche Marineangehörigen, die zurzeit sich nicht in fester Stellung befinden, einschließlich der nach hier beurlaubten aktiven Jahrgänge, werden gebeten, sich am Donnerstag, den 12. Dezember 1918, vormittags, im „Wettiner Hof", Halle a. S., den 10. Dezember 1918.

Die Marineabteilung der Sicherheitskompagnie Halle.
Der Soldatenrat, Militärkommission, ges. Fernland.

— Warnung vor Mißbrauch! Die Legitimationskarte Nr. 58 eines Mitgliedes des Soldatenrates Halle und eine Straßenbahnfreikarte Nr. 231 sind abhanden gekommen. Vor Mißbrauch wird gewarnt. Der Soldatenrat Halle.

— Ehrendamen? Ein Soldat bittet uns um Aufnahme folgender Zeilen: Mit großer Verwunderung sahen die Kameraden gestern im Stadttheater in der Vorstellung zu Ehren der heimkehrenden Krieger auf den besten Plätzen eine ganze Anzahl von Damen, u. a. auch in Begleitung von Mitgliedern des hiesigen Soldatenrats. Ich bitte die Kameraden, die ihre Plätze nicht benutzen wollen, sie in der Zukunft nicht an Damen weiterzuneben, sondern an andere Kameraden. Die Anwesenheit der Damen am Montag hat bieseh Mißstimmung erregt. Und das mit Recht. Wir brauchen keine „Ehrendamen"!

— Dem Hofmusikalienhändler Reinhold Koch, Hier, Direktor des Verbandes Deutscher Klavierhändler, ist das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen worden.

— Vorträge des Bundes zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft. Am Donnerstag, d. 12., abends um 8½ Uhr, spricht im Auditorium maximum der Universität Herr Geh. Rat Prof. Dr. Kern über das alte und das neue Griechenland. Mit diesem Vortrag schließt die erste Reihe der Bundesvorträge im Wintersemester 1918/19. Der zweite Teil wird durch Prof. Dr. Hahne am 9. Januar eröffnet. Er spricht an diesem Tage und am 17. Januar über „Das neue Provinzialmuseum in Halle" (mit Lichtbildern).

„H. Z."-Sportberichte

Der Stand der Berliner Ligaspiele.

In Berlin setzt Viktoria Sonntag für Sonntag seinen Weg zur Meisterschaft fort. Von 18 Spielen hat die Mannschaft 12 gewonnen und nur ein Spiel unentschieden beendet. Alle übrigen Mannschaften haben beträchtlich Punkte lassen müssen und kommen für die Meisterschaft kaum noch in Frage. Eigentlich könnten dem Führenden nur noch Favorit und Preußen gefährlich werden. Letztere haben aber schon 8 Punkte verloren und müssen besonders glücklich kämpfen, wenn sie in drohender Nähe von Viktoria erscheinen wollen. Die Aussichten von Favorit sind die besseren. Die Mannschaft hat nur ein Spiel verloren, aber durch 3 unentschiedene Spiele noch 3 weitere wertvolle Punkte einzubüßt, die die Elf schwer wird missen können, wenn sie Viktoria gefährden will.

Der Stand der Liga am 1. Dezember war folgender:

	Spiele	gew.	unentsch.	verl.	Punkte
Viktoria	12	11	1	--	23
Preußen-Berlin	13	9	2	2	20
Berolina	16	9	3	3	21
Hertha	12	8	3	1	19
Norden-Nordwest	14	8	3	3	19
Hertha	13	8	1	4	17
Tennis-Borussia	13	5	4	4	14
Minerva	14	6	1	7	13
Germania-Spandau	12	6	—	6	12
Union-Oberschöne.	11	4	3	4	11
Preußen-Spandau	13	5	1	7	11
Alemannia	13	5	1	7	11
Vorwärts	12	3	4	5	10
Union 98	13	5	—	8	10
Triton	13	2	4	9	8
V. f. B. Pankow	12	2	2	8	6
Weißensee 1900	13	1	3	9	5
BSV 92	14	1	2	11	4

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191812111-18/fragment/page=0003

Provinz Sachsen

S.-R. Merseburg u. S.-R. Halle

Wie aus Merseburg mitgeteilt wird, hat in Sachen S.-Rat Merseburg kontra S.-Rat Halle das Kriegsministerium telegraphisch dem S.-Rat Halle jeden Eingriff in das Gefangenenlager bei Strafandrohung untersagt. Bei dieser Gelegenheit wurde bekannt, daß das Kriegsministerium sowohl wie der Große Generalstab genau über den S.-Rat Merseburg unterrichtet waren, dessen Tätigkeit von Anbeginn an als vorbildlich bezeichnet wurde. Gefreiter Obst hat den Vorsitz im S.-Rat niedergelegt. Er scheidet in wenigen Tagen aus dem S.-Rat aus, um in die Berliner Bewegung einzutreten.

*

Bauernschaft und Regierung

Die Forderung der Bauernschaft Sachsen-Weimars auf Eintritt in die Regierung ist von dieser abgelehnt worden. In einer Ausschußsitzung der Bauern- und Landarbeiterräte ist nun eine neuerliche Eingabe an die Regierung beschlossen, aus der wir folgendes entnehmen:

Die republikanisch-provisorische Regierung hat die Beteiligung der Bauern an der Regierung zurückgewiesen. Sie fürchtet, daß durch unseren Eintritt die Sicherheit der durch die Revolution in die Wege geleiteten Umgestaltung nicht mehr gewährleistet sei.

Wir bedauern, daß uns die Regierung auf diese Weise in eine Opposition hineintreibt, deren Erbitterung und Entschlossenheit die Vertreter der Regierung doch vielleicht unterschätzen. Weiter hat uns Staatssekretär Baudert erzählt, daß der Staatssekretär des Reichsernährungsamtes auf dem Standpunkt steht, daß es ganz gleichgültig sei, ob man die Brotration erhöhe oder nicht, ob man die fleischlosen Wochen weglasse oder nicht, der Zusammenbruch unserer Ernährung und die Hungersnot kämen doch. Deshalb habe man sich entschlossen, die erhöhten Rationen ruhig auszugeben! Nach unserer Ansicht ist das ein unerhörter Standpunkt, der den Wunsch durchblicken läßt, die Katastrophe noch zu beschleunigen. Logisch wäre es nun, wenn die Sozialdemokratie weiter sagte, daß es dann auch gleichgültig sei, ob der Bauer abliefert oder nicht, was natürlich durchaus nicht unserem Standpunkt entspricht. Aber das Gegenteil ist der Fall. Von uns verlangt die Regierung in der Ablieferung Unmögliches! Wir geben der Regierung zu bedenken, daß sie allein unfähig ist, einen Staat zu regieren, der ja nicht nur von Arbeitern bewohnt ist!

— Quedlinburg, 9. Dez. (Die rote Fahne gestohlen.) Seit einigen Tagen flatterte am Mast des Rathauses eine rote Fahne, die den einziehenden Truppen den Gruß der Republik entbieten sollte. In der letzten Nacht wurde diese Fahne gestohlen.

— Barleben, 9. Dez. (Verhafteter Einbrecher.) Am Sonntag vormittag gelang es dem Arbeiterrat, den Maurer Heinrich Krüger, der seit längerer Zeit das Viertel in der Hansenstraße unsicher machte, zu verhaften. Hoffentlich werden auch seine Helfershelfer bald ertappt werden.

pk. Naumburg, 8. Dez. (Leichenfund.) Auf der Bahnstrecke Bad Kösen—Naumburg wurde die Leiche eines bnbekannten Soldaten aufgefunden. Anscheinend ist er aus einem Zuge gefallen und verunglückt, da der Oberkörper vom Unterkörper vollständig getrennt ist. Der Tote war anscheinend Artillerist. Er ist 20 bis 22 Jahre alt, mittlerer Figur, etwa 1,65 Meter groß, längliches Gesicht, Nase gewöhnlich, kleiner rötlich-blonder Schnurrbart, graue Augen, kurze blonde Haare.

— Eisenach, 9. Dez. (Plünderer.) In der Nacht zum 6. Dezember nahm die Kontrolle des Soldatenrates 1 Unteroffizier und 10 Mann, die mit einem Transportzug auf der Durchreise waren, wegen gedrängter Diebstähle und Plünderungen fest. Es wurden u. a. folgende Sachen gefunden und beschlagnahmt: Etwa 12 000 Zigaretten, 14 Kilo Kautabak, 4 Flaschen Wein, 3 Pfund Kernseife, 4 Paar neue Herrenstiefel, 7 Paar neue Damenstiefel, ungefähr 200 Pakete Schnupftabak, 70 Kilo Mehl, 1 Sack Zucker und verschiedenes mehr. Die Leute wurden in der hiesigen Kaserne in Gewahrsam gebracht und haben auch bereits gestanden, die Sachen unterwegs aus Güterzügen entwendet zu haben. Sie sehen nunmehr ihrer Strafe entgegen.

Volkswirtschaft

Börsenstimmungsbild

Berlin, 10. Dez.

Wenn auch im großen ganzen die Börse eine feste Haltung bekundete, so hat sich die Aufwärtsbewegung doch nicht in dem gleichen Umfange und in der gleichen Stärke wie gestern vollzogen. Es gab sich vielfach Zurückhaltung kund, die damit begründet wurde, daß die gestrigen Darlegungen des Staatssekretärs Schiffer über Deutschlands Finanzlage den ganzen Ernst unserer wirtschaftlichen Verhältnisse vor Augen geführt haben. Auch wurden Besorgnisse laut wegen ungünstigen Standes unserer Valuta. Immerhin konnte jedoch Farbwerte wieder recht ansehnliche Kurssteigerungen erzielen. Auch Felten und Guillaume stiegen mit einer Besserung um 11 Prozent erheblich. Schiffahrtsaktien waren fest bei Besserungen von Hansa- und Hamburg-Südamerikanischer. Daimleraktien gogen weiter an. Dagegen gab Hirsch-Kupfer wiederum nach, und auch Rheinmetall und deutsche Kaliwerte stellten sich niedriger. Am Markte der Bergwerks- und Hüttenaktien gestaltete sich die Kursbesserung nicht gleichmäßig, bei verhältnismäßig wenig belangreichen Aenderungen. Von Werten sind als besser zu nennen Prinz-Heinrich-Bahn und Große Berliner Straßenbahn. Am Anleihemarkt unterlagen deutsche Anleihen nur wenig Schwankungen. Für Chinesen und Amerikaner erhielt sich bei anziehenden Kursen Kauflust. Gegen Schluß des Verkehrs gewann die feste Stimmung an Kraft. Die Börse schloß zu höchsten Tageskursen. Auch die zu Einheitskursen gehandelten Werte stellten sich meist höher.

Produktenbericht

Berlin, 10. Dez.

Die vor einiger Zeit beantragte Verlängerung der Frist für den Abschluß von Lieferungsverträgen für Saatkartoffeln über den 15. November hinaus ist nicht genehmigt worden, was allerdings nicht ganz unerwartet war. Das Geschäft in Mühlen ist in den letzten Tagen ziemlich lebhaft geworden. Kunstseiden sind angeboten. Aber auch Nachfrage ist von vielen Seiten dafür vorhanden. Auch in anderen Arten kamen manche Umsätze zustande. Gemüsesämereien haben mäßigen Verkehr. Serradella bleibt flau und ist fast 20 Mk. unter Richtpreis gehalten. Weiter trübe.

* Zuckerraffinerie Halle. In der heutigen Generalversammlung der Zuckerraffinerie Halle a. S. wurden die Regularien sowie die vorgeschlagene Dividende einstimmig genehmigt. Das ausscheidende Mitglied des Aufsichtsrates, Herr Kaufmann Erich Loose (Halle) wurde wiedergewählt. Die Dividendenscheine werden mit 80 bezw. 160 Mark vom 1. Dezember d. Js. ab an den bekannten Zahlstellen eingelöst.

* Mansfeldsche Kupferschiefer bauende Gewerkschaft. Wie uns aus Eisleben berichtet wird, hat zwischen der Verwaltung und den Arbeitervertretern, die ungewöhnlich hohe Lohnforderungen eingereicht hatten, eine friedliche Einigung stattgefunden, wodurch die Mansfelder Betriebe vor schweren Erschütterungen bewahrt bleiben. Die Arbeiter haben sich damit einverstanden erklärt, daß die geforderten Lohnerhöhungen für die einzelnen Arbeiterklassen, die je nach der Beschäftigung sehr verschieden waren, um durchweg 1 Mark pro Schicht ermäßigt werden.

ss. Zusammenschluß der Rohproduktenhändler. Unter dem Namen „Freie Vereinigung der Rohproduktenhändler, e. V." haben sich die namhaftesten Firmen aller Zweige des Rohproduktenhandels zusammengeschlossen zwecks Wahrung wirtschaftlicher Interessen. Dieselbe strebt u. a. an, die Beseitigung aller dem freien Handel hinderlichen Organisationen sowie Wiedereinführung des öffentlichen Verkaufsverfahrens.

* Hofbrauhaus Koburg. In der Aufsichtsratssitzung der Aktiengesellschaft Hofbrauhaus Koburg wurde beschlossen, der Hauptversammlung die Verteilung einer Dividende von 15 Proz. (wie im Vorjahre) vorzuschlagen.

* Elbeschiffahrt. Am 9. Dezember traf Kahn Nr. 204 in Aken ein.

Berliner Kursberichte

Eisenbahn-Aktien:	
Halberstadt-Blankenb.	94,—
Halle-Hettstedter	—
Schles. Bergb.	89,—
Allg. Lokal-Str.	129,75
Gr. Berl. Str.	121,50
Magdeburger Str.-B.	185,—
Luxembg. Prinz Heinrich.-B.	159,—
Orientbahn	—
Schiffahrts-Akt.:	
Hambg. Paketfahrt	81 ¾
Hambg.-Südamerika	130,—
Hansa-Dampfschiff	167,50
Nordd. Lloyd	81,75
Banken:	
Bank für Thür.	—
Berl. Handelsges.	140,25
Comm. u. Disconto-bank	114,—
Darmstädter Bank	114,50
Dess. Landesbank	—
Deutsche Bank	207,50
Diskonto-Comm.	157,—
Dresdner Bank	137,50
Credit-Anst. Leipzig	149,—
Mitteld. Kreditbank	115,—
Nationalbank	101,75
Oesterr. Kredit	142,—
Reichsbank	131 ½
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	236,—
Akt. f. Anilin	225,—
Allgem. Elektr.-Ges.	191,—
Ammendorfer Papierf.	—
Anhalter Kohlenw.	—
Annaberger Steingut	130,50
Badische Anilin	—
Bergmann-Elekt.-Akt.	157,—
Berl. Masch.-Bau	212,—
Bismarckhütte	193,75
Bochumer Gußstahl	198,50
Chem. Fabrik Buckau	—
Chem. Griesheim	186,—
Chem. v. Heyden	—
Consolidation Schalke	—
Crüllwitzer Papierfabr.	—
Daimler-Motoren	177,50
Deutsch-Luxemburg	118,—
Deutsche Uebersee-El.	136,—
Deutsche Erdöl	121,—
Deutsche Gasglühl.	236,—
Deutsche Kali	138,—
Deutsche Waff. u. Mun.	175,50
Donnersmarckhütte	230,—
Döring u. Lehrmann	75,50
Dürkoppwerke	—
Eberfelder Farben	62,—
Felten u. Guilleaume	149,—
Gasmotoren Deutz	111,—
Gebhard u. König	—
Gelsenkirch. Bergb.	151,—
Glanziger Zuckerfbr.	190,—
Hallesche Masch.-Fabr.	—
Hann. Masch.	289,—
Harpener Berg	174,50
Hasper Eisen	139,—
Hirsch Kupfer	196,—
Höchster Farbw.	250,—
Hoesch Eisen u. Stahl	229,—
Hohenlohe-Werke	108,—
Humboldt-Masch.	118,25
Ilse-Bergbau	—
Kabls-Porzellan	256,—
Kaliw. Aschersleben	130,75
Körbisd. Zucker-Akt.	—
Kyffhäuserhütte	—
Lahmeyer u. Co.	—
Lauchhammer	151,—
Laurahütte	186,—
Linke u Hofmann	246,—
Ludwig Loewe u. Co.	209,—
Lothringer Hütte	134,75
Mannesmannröhren	180,00
Oberschl. Eisenb.-Bed.	134,50
do. Caro Heg.	123,50
do. Zinkwerke	161,—
Orenstein u. Koppel	138,—
Phönix-Bergb.	199,50
Rhein. Metall-Vorz.	174,—
Rhein Stahlwerke	144,—
Riebeck. Montan	196,—
Rombacher Hütten	150,—
Rositzer Braunk.	115,—
Rositzer Zucker	140,—
Sangerhäuser Masch.	200,—
Hugo Schneider u. Co.	174,—
Schuckert u. Co.	128,—
Siemens u. Halske	175,—
Stettiner Vulkan	190,50
Stollberger Zinkh.	96,25
Strals. Spielkarten	115,75
Thale-Eisenhütte	275,—
Triptis-Akt.-Ges.	143,—
Türkische Tabakregie	313,—
Ver. Köln-Rottweiler	149,—
Glanzstoff Elberf.	375,—
Wegelin u. Hübner	—
Werech.-Weissenf. Brk.	—
Westeregeln-Alkali	188,—
Wittener Gußstahl	190,—
Wrede-Mälzerei	—
Zeich.-Kriebitzsch. Brk.	—
Zeitzer Masch.	242,—
Zellstoff Walthof	—
Otavia-Minen	88,25

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für den politischen Teil: Helmut Böttcher; Volkswirtschaft: Ferdinand Querfurt; für die Abteilung Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung, sowie für den lokalen Teil: Adolf Meyer; für provinzielle Nachrichten, Gerichtssaal und Sport und den übrigen redaktionellen Teil: Hermann Querfurt; für den Anzeigenteil: Walter Ebeling; sämtlich in Halle a. S.
Verlag und Druck der Hallischen Zeitung Otto Thiele, Halle a. S.
Verlagsdirektor: Robert Voeckel.

Bankhaus Paul Schausell & Co., Halle a. S., Bitterfeld, Delitzsch, Eilenburg. An- und Verkauf von Wertpapieren. Einlösung von Zinsscheinen. Verzinsung von Geldeinlagen, Conto-Correnten und Wechsel-Verkehr etc.

Gr. Ulrichstr. 50, I. Obergeschoss
Ausstellung von Möbeln
für Küchen, Schlafzimmer und Wohnräume.
Besichtigung und Annahme von Kaufanträgen daselbst täglich von 9 bis 8 Uhr.
Hallesche Fürsorgestelle für Wohnungseinrichtungen G. m. b. H.

Hermann Pfeiffer, Baugeschäft, Ulestr. 3,
empfiehlt sich für Neu- u. Umbauten und für bauliche Aenderungen jeder Art.

„S. B. C."
Der Kriegs-Wasserhahn,
wie er sein soll!
Kein Kompositionsmetall,
Kein Brechen,
Kein Undichtwerden!
Eingebauter Strahlregler, gesetzlich geschützte Konstruktion.
Garantie für jedes Stück.
Ingenieur Trautloff, Leipzig-Stötteritz,
alleinige Fabrikniederlage für Leipzig mit Kreishauptmannschaft Halle a. S. und Thüringen. Fernruf 10919.
Vertreterbesuch sofort. Wiederverkäufer hoher Rabatt.
Vertreter für Halle a. S.:
Hermann Arold, Halle a. d. Saale,
Gustavstraße 2. Telephon 3612.

Johannes Thurm,
Halle a. S., Glauchaerstr. 79. Tel. 6518 u. 6507.
Asiteste Ross-Großschlächterei der Provinz Sachsen.
Pferde zum Schlachten
kaufe zu jeder Zeit.
Bei Notschlachtungen korrekteste Bedienung.

Orig. Friedrichswerther Kartoffel-Züchtungen
Stamm-Hochzuchten durch Einzelstauden- und Knollen-Auslese.
Frühkartoffeln:
Juli-Krone,
Königsnieren-Krone.
Beide Züchtungen sind sehr widerstandsfähig gegen Krankheiten und geben sehr hohe Erträge.
Mittelspätkartoffeln:
Eldorado-Krone.
Feinschmeckend, sehr haltbar und außerordentlich ertragreich.
Spätkartoffeln:
Industrie-Krone,
Wohltmann-Krone.
Massenkartoffeln von sehr hohem Stärkegehalt, zu jedem Verwendungszweck geeignet.
Die Anbau-Versuche mit den Friedrichswerther Züchtungen sind durchweg günstig ausgefallen.
Angebot, Preisliste auf Verlangen.
Staatsgut Friedrichswerth 131 (Thür.)
Domänenrat Eduard Meyer.

Schlachtpferde
kauft ständig und
Notschlachtungen
führt schnellstens aus
Rotzschlächterei
Hermann Böhlert,
Glauchaerstr. 75. Fernruf 1568.
Fernruf 1568.
(Zugel. lt. Verordnung vom 14. Juni 1918.)

Moderne
richtig sitzende
Augengläser
verschiedener Konstruktion
Otto Unbekannt
Gr. Ulrichstr. 1a.

Taschentücher,
gute Qualität,
große Auswahl.
H. Schnee Nachf.,
Gr. Steinstr. 84.

Kaufe Brillanten, Edelschmuck, Silberne Gegenstände aller Art, Taschenuhren
mit feinem Werk und starkem Gehäuse, Pfandscheine, altertümliche Uhren, auch hohe Werte von 50 Mk. 100 bis 500 Mk. und 1000 Mk.
H. Schindler,
Uhrmacher,
Kleine Ulrichstrasse 35.

Großes Lager in Berliner Oefen u. Herden. Umsetzen, Reinigen und Reparaturen werden sofort ausgeführt.
C. Böhme, Schurrenstr. 8.
Fernruf 2208.

Wärmflaschen
Leibwärmer
Plätten
Löffel empf.
Ferd. Haassengier,
Metallwaaren-Fabrik, Barfüßerstr. 9.

Für Wiederverkäufer
Antirheumafelle.
Gebr. Danglowitz,
Fellhandlung, Fischerplan 2.

Meine drei Schlager für den Haushalt
sind
fl. Waschextrakt,
Reinigungspaste (ohne Schmierseife - Ersatz),
Handwaschmittel Triumph
Volle Garantie für Unschädlichkeit.
(Kein Chlor, kein Ton, keine Säure), behördl. genehm.
Ein Versuch überzeugt. Viele hunderte Privatkunden aus allen Kreisen.
fl. Waschmittel 5 kg Mk. 7.50 (Gef. 5.50)
Reinigungspaste 2½ kg „ 6.00 (Gef. 1.30)
Triumph 10 Pakete „ 2.90 Nachnahme.
Porto extl. Gefäße werden bei tof. Rücksendung voll zurückgenommen. Bei Vorausbezahlung ½ portofreie Zusendung überallhin.
Ingen. Trautloff, Leipzig-Stötter., Abt. 3.
Fernspr. 10919. Postscheckkonto 53 063 Leipzig.

Welcher Kamerad
kann mir Auskunft geben über den Verbleib des Schützen Otto Just II bei der 1. M.-G.-Komp. Füsil.-Regts. 367 Derselbe hat am 3. 11. 18 den letzten Brief geschrieben, sein Kamerad war ein Gemüsehändlerlohn aus Halle. Nachrichten erbittet unter Angabe der Unkosten der Vater
Besitzer Wilhelm Just,
Grünfter bei Aicherbude, Reg.-Bez. Bromberg.

Man rasiert sich
mit meinem Rasiercréme bequemer und schneller als mit Seife. Schon vor dem Kriege viel gebraucht.
Preis der Büchse zu 125 g = 3.50 M. + Porto.
— 3 Büchsen 10.50 M. portofrei. —
Apotheker Haarbeck, Löhne (Westf.).
Damen wollen Preisliste über moderne Körperpflege einfordern.

Wratzke u. Steiger, Hoflieferantes Poststr. 9/10.
Juwelen Gold Silber.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191812111-18/fragment/page=0004